



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 5. Juni 2015

PRESSEINFORMATION

Beitragserstattung und Auffanqlösungen bei Kita-Streik: Witzel erwartet zeitnah Rechtsklarheit vom Land

Angesichts des bereits seit vier Wochen anhaltenden KiTa-Streiks in Essen hat FDP-Landtagsabgeordneter Ralf Witzel nun eine Initiative gestartet und die Landesregierung aufgefordert, endlich ihrer Verantwortung nachzukommen und bei der Stadt für Rechtsklarheit zu sorgen sowie für die betroffenen Eltern Lösungswege zur Abminderung des Streiks in Essener Kitas aufzuzeigen.

„Der Streik ist im Rahmen der Tarifautonomie legal und daher auch seitens der Politik nicht zu verhindern. Wir brauchen aber aufgrund der Konsequenzen Auffangmöglichkeiten für die Leidtragenden. Noch ist der Ausgang des Schlichtungsverfahrens unklar“, beschreibt Witzel die Lage.

Der enge finanzielle Spielraum unserer Stadt führe auch zu der Problematik, daß die Rückerstattung von Kita-Beiträgen aufgrund der nicht erbrachten Betreuungsleistung in einer Nothaushalts- und Stärkungspaktkommune rechtlich streitig sei.

Witzel verlangt daher eine verbindliche Auskunft vom Land: „Bei einem rund einen Monat andauernden flächendeckenden Problem kann man nicht allein mit einer unerwartet auftretenden höheren Gewalt argumentieren, wie ein Ausfall bei der Betreuung an einzelnen Tagen oder in bestimmten Einrichtungen natürlich immer einmal vorkommen kann. Für viele Essener Eltern sieht die bittere Realität aktuell so aus, daß diese momentan neben der Beitragsentrichtung für die geschlossene Kita oft auch noch zusätzlich Kosten für eine selbstorganisierte Ersatzbetreuung und Mittagsverpflegung berappen müssen, während die Stadt Essen die Vergütung für die Streikenden und verbrauchsabhängige Betriebskosten für ihre Einrichtungen spart.“

Oberbürgermeister und Stadtrat haben unlängst bei der Ratssitzung bekundet, daß sie betroffene Eltern bei nicht erbrachter Leistung gern entschädigen wollen, aber zugleich Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit dieses Vorgehens geäußert. „Hier ist das Land in der Verantwortung, Möglichkeiten aufzuzeigen, die Elternbeiträge für die dauerhaft an Streiktagen nicht erfolgte Leistungserbringung zurückzuerstatten“, meint Witzel und fordert volle Transparenz auch bei den Einspareffekten der Stadt. Alle Fakten sollten transparent auf den Tisch.

Der FDP-Politiker weist ferner darauf hin, daß eine vielfältige und qualitativ hochwertige Bildungslandschaft in der Stadt Essen, inklusive gut ausgebildetem und entsprechend entlohntem Personal, auch im Bereich der frühkindlichen Bildung nicht zum Spartarif zu bekommen sei. „Die Stadt Essen als bundesweit am höchsten verschuldete Kommune kann die Erfüllung berechtigter Wünsche und Erwartungen leider nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Es ist fraglich, ob die routinemäßigen Anpassungen der Erstattungsbeträge des Landes in den letzten Jahren mit der tatsächlichen Kostenentwicklung mitgehalten haben“, beschreibt er die verfahrenere Situation.